

# „Wir haben eine Klassengesellschaft“

Der Juso-Vorstand über seine gesellschaftlichen Ziele und politischen Methoden

Wenn Jungsozialisten sich Marxisten nennen, so bedeutet das nicht, daß sie der Meinung wären, die Schriften von Karl Marx enthielten fix und fertige Rezepte für die Lösung aller unserer gesellschaftspolitischen Probleme. Eine solche naiv-unhistorische Betrachtungsweise wäre realitätsfremd und dogmatisch — und damit *unmarxistisch*.

Vielmehr bedeutet Marxist sein für die Jungsozialisten, daß sie Marx' Methode der Analyse der gesellschaftlichen Widersprüche übernehmen, um so zu erkennen, wo eine Strategie ansetzen muß, die den im Grundgesetz niedergelegten Anspruch der Demokratie in der sozialistischen Gesellschaft konkret verwirklichen will.

Was die Jungsozialisten im Ansatz von allen bürgerlichen Politikern unterscheidet, ist die Tatsache, daß sie die Rahmenbedingungen des kapitalistischen Systems nicht als unantastbar betrachten und entsprechend sich nicht Denkverzicht auferlegen, wenn schwerwiegende Mißstände in unserer Gesellschaft bei kritischer Betrachtung sich als durch unsere soziale Ordnung selbst bedingt erweisen.

Wenn die Jungsozialisten den Klassencharakter unserer Gesellschaft hervorheben, so bedeutet dies nicht eine unkritische Übernahme traditioneller marxistischer Kategorien. Sie wissen sehr gut, daß es unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit nicht gerecht wird, wenn man sie auf den Gegensatz zwischen Besitzern von Produktionsmitteln einerseits und dem Industrie-Proletariat andererseits reduziert.

Die große Masse der Angestellten und die kleinen Beamten sind heute ebenso abhängig und der Willkür einer zahlenmäßig geringen Machtelite ausgeliefert wie die Arbeiterschaft im engeren Sinne. Darüber hinaus ist die Umstrukturierung im Bereich der abhängig Beschäftigten im Gefolge von Mechanisierung und Automation und der Ausweitung des Dienstleistungssektors zu berücksichtigen.

Aber all diese wichtigen Veränderungen schaffen nicht die Tatsache aus der Welt, daß eine Minderheit von Kapitaleignern und Kapitalverfügnern alle wesentlichen gesellschaftspolitischen Entscheidungen in ihrem Interesse bestimmt, während die Interessen der großen Masse der abhängig Beschäftigten trotz der parlamentarisch-demokratischen Verfassung unseres Staates sich nicht durchzusetzen vermögen. Das meinen die Jungsozialisten, wenn sie von unserer Gesellschaft sagen, sie sei

eine Klassengesellschaft. Dies läßt sich an einer Fülle von Beispielen nachweisen:

Auf allen Ebenen, am Arbeitsplatz, im Betrieb, im Unternehmen, in der Gesamt-Volkswirtschaft, sind die abhängig Beschäftigten von der Entscheidung über die Organisation der Arbeit und die Produktionsziele ausgeschlossen.

Unser gesamtes Steuersystem stellt einseitige Bevorzugung des Großkapitals dar. Während abhängig Beschäftigte um jeden Pfennig Rückerstattung der von ihnen im voraus zuviel gezahlten Steuern einen zähen Kleinkrieg füh-



Juso-Vorsitzender Roth  
„Demokratie ist eine schwierige Sache“

ren müssen, kommt der Unternehmer durch Selbstveranlagung, großzügige Abschreibungsregelungen und durch die mannigfaltigen legalen, halblegalen und praktisch geduldeten Umgehungsmöglichkeiten in den Genuß von Millionen- und Milliardenvorteilen.

Die Kommunalpolitik ist über weite Strecken nichts anderes als eine Reaktion auf Investitionsentscheidungen des Kapitals. Die Abhängigkeit der Gemeinden vom Gewerbesteueraufkommen macht sie den Interessen der großen Unternehmer gefügig. Die Unternehmer entscheiden über den Standort des Betriebes, über Kapazitätserweiterungen, Produktionsverlagerung und -umstellung, über Rationalisierung und Stilllegung von Betrieben und überlassen es den Kommunen, die damit verbundenen Vor- und Nachfolgeleistungen (Erschließungsarbeiten, Wohnungsbau,

Schaffung sozialer Einrichtungen, Umweltschutz, Umsiedlung von Arbeitskräften etc.) finanziell und politisch zu sichern.

In realistischer Einschätzung der bestehenden Machtverhältnisse und des durch die Vormachtstellung des Großkapitals eng begrenzten Handlungsspielraums staatlicher Politik verfolgen die Jungsozialisten eine Doppel-Strategie, die Veränderungen in unserer Gesellschaft durch das Zusammenspiel von Arbeit in den Institutionen und Mobilisierung der Bevölkerung für ihre eigenen Interessen anstrebt. Dies bedeutet in vielen Fällen auch Konflikte mit der eigenen Partei; aber es ist dies keine Politik gegen die SPD. Im Gegenteil: Der demokratische Sozialismus und die im Godesberger Programm geforderte „neue Wirtschafts- und Sozialordnung“ lassen sich nur durch den massiven Druck einer aufgeklärten und mobilisierten Bevölkerung durchsetzen.

Die Auswirkungen jahrzehntelanger undifferenzierter antikommunistischer Hetze machen es heute immer noch schwer, sozialistische Zielvorstellungen nüchtern und sachlich zu diskutieren. Aber die immer deutlicher werdende Unfähigkeit des kapitalistischen Systems zu vernünftiger Planung, die wachsende Bedrohung der Demokratie durch die Macht der großen Konzerne, privater Reichtum auf der einen und öffentliche Armut auf der anderen Seite und nicht zuletzt der wachsende Unwille der arbeitenden Bevölkerung, als Arbeits- und Konsumvieh vom Kapital dirigiert zu werden, zwingen uns dazu, nach Alternativen Ausschau zu halten. Daß diese Alternative nicht der autoritäre „Sozialismus“ der heutigen Sowjet-Union sein kann, ist von den Jungsozialisten immer wieder betont worden. Es geht darum, alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens demokratischer Kontrolle zu unterwerfen, um so eine optimale Erfüllung der Bedürfnisse des Volkes zu garantieren.

Das bedeutet nicht, daß vom Menschen gefordert wird, seinen Egoismus aufzugeben. Ein bloß moralischer Appell an den Altruismus wäre sicherlich wenig wirksam. Aber es geht hier auch gar nicht um Egoismus oder Altruismus, sondern allein darum, daß durch die gesellschaftliche Entwicklung selbst die Menschen in ihrem wohlverstandenen Eigeninteresse gezwungen werden, *solidarisch* für die Durchsetzung ihrer Interessen zu kämpfen, wenn sie überhaupt etwas erreichen wollen. Das zeigt sich in den Arbeitskämpfen, das zeigt sich, wenn Eltern, Lehrer und Schüler sich zu einer „Aktion kleine

Klasse“ vereinigen, das zeigt sich bei Aktionen gegen umweltgefährdende Industriensiedlung, bei Rote-Punkte-Aktionen etc.

Wer für mehr Demokratie und für eine vernünftige Planung im Interesse der arbeitenden Bevölkerung ist, der kommt nicht umhin, die private Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel — nicht über das persönliche Eigentum — aufzuheben. Freilich ist die Vergesellschaftung der Produktionsmittel kein Allheilmittel: Auch nach einem solchen Schritt wird es beim Aufbau des demokratischen Sozialismus noch eine Fülle von Problemen geben. Aber sie ist eine notwendige Voraussetzung, ohne die alle Versuche einer vernünftigen Planung im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung vom Kapital blockiert werden können.

Gerade weil die Jungsozialisten für mehr Demokratie eintreten, fordern sie den Abbau demokratisch nicht kontrollierbarer wirtschaftlicher Macht.

Dabei geben sie sich nicht der Illusion hin, daß nicht auch der Staat seine konzentrierte Macht mißbrauchen könnte, wenn das Privateigentum an Produktionsmitteln aufgehoben ist. Eben darum kämpfen die Jungsozialisten in allen Bereichen für die Stärkung der demokratischen Kontrolle und gegen den schleichenden Abbau demokratischer Rechte durch die Exekutive. Und eben darum müssen nach Ansicht der Jungsozialisten auch in der sozialistischen Gesellschaft autonome Gewerkschaften, Minderheitenschutz und institutionalisierte Möglichkeiten organisierter Opposition vorhanden sein.

Daß Demokratie eine schwierige Sache ist und daß die zunehmende Komplexität unseres gesellschaftlichen Lebens die demokratische Kontrolle zusätzlich erschwert, wird nicht bestritten. Ebenso wenig kann geleugnet werden, daß zur Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen Lebens ein gewisses Maß an Leistung einfach unerläßlich ist. Für Sozialisten kann es eine pauschale Ablehnung des Leistungsprinzips nicht geben: Es geht vielmehr darum, vom fremdbestimmten Leistungsdruck zu gemeinsamen, in Selbstbestimmung entwickelten demokratischen Leistungskriterien zu gelangen und die gesellschaftlich notwendige Arbeit in Selbstorganisation zu verrichten.

Idyllische Vorstellungen von unmittelbarer Volksherrschaft in einer Gesellschaft ohne Leistungsanforderungen sind sicherlich nicht diskutabel. Fest steht aber, daß Sozialisten überall dort, wo dies praktikabel ist, für eine möglichst weitgehende unmittelbare Beteiligung der Bevölkerung an allen Willensbildungsprozessen eintreten müssen, weil sonst es keine volle Entfaltung der eigenen Lebensbedingungen geben kann.

überwindung, nicht gegen den Systembegriff als solchen.

**EHMKE:** Richtig. Aber selbst wenn Sie und ich recht haben, ist Kritik angebracht. Marktwirtschaft, Privateigentum an Produktionsmitteln, Profitmaximierung und Wettbewerb sind keineswegs durch irgendeine Systemmagie unlösbar miteinander verbunden. In Jugoslawien haben wir zum Beispiel eine Marktwirtschaft und gleichzeitig die Arbeiter selbstverwaltung der Betriebe. Da konkurriert sozusagen die Arbeiterklasse untereinander. Jochen Steffen schreibt darüber gerade eine Studie. Auf die Diskussion über sie bin ich schon gespannt.

**SPIEGEL:** Über die Vergesellschaftung der Produktionsmittel lassen die Jusos aber nicht mit sich reden.

**EHMKE:** Für die Jungsozialisten ist das ein wesentlicher Punkt, aber auch



**Juso-Gegner Schiller**  
Mehr als ein Generationswechsel?

kein Allheilmittel. Meines Erachtens überschätzen sie allerdings die Eigentumsfrage im Produktionsbereich. Wirtschaftliche Verfügungsmacht ist in unserer Industriegesellschaft ein sehr viel komplexeres und darum vielfältig zu beeinflussendes Gebilde. Außerdem ist Verfügungsmacht im Bildungs- oder Informationsbereich von ebenso großer und ständig wachsender Bedeutung, ohne daß diese Verfügungsmacht abgeleitet werden könnte, soviel Einfluß sie auch in diesen Bereichen ausübt.

**SPIEGEL:** Das ändert aber nichts daran, daß die Jungsozialisten in der Eigentumsfrage grundsätzlich anderer Meinung sind als Sie.

**EHMKE:** Den Jungsozialisten geht es — entgegen vielen Unterstellungen — nicht um die Abschaffung persönlichen Eigentums, das ein Stück Freiheitsraum des einzelnen sichert. Es geht ihnen um das ökonomische System des Privatei-

# Eigentum am Ostsee- strand



Ferienelgentumswohnungen von 27 bis 46 qm im herrlichen, fertigen **Ferienpark Heiligenhafen**, direkt am Ostseestrand. Exklusive Ausstattung. Vorhandene Einrichtungen: Meerwasser-Hallenwellenbad mit Kurmittelteil, umfangreiche Gastronomie, Hauptpromenade mit Ladenstraße, zahlreiche Sportanlagen, neuer Sandstrand, Yachthafen. Günstige Finanzierung.  
Ab 7 400,- DM Eigengeld.  
10 000,- DM langfristiges, zinsloses Darlehen. **Hohe Steuervorteile.**

Preiswerte **Bootsliegeplätze** im neuen **Yachthafen Heiligenhafen** erschließen eines der schönsten Segelreviere der Ostsee. Der Yachthafen liegt in einem der Altstadt vorgelagerten Binnensee (sturmsicher) und ist durch eine großzügig ausgebaute, neue Fahrwinne (Wassertiefe NN - 3,50 m) mit der offenen See verbunden.  
Liegeplätze ab 5 000 DM

**Verkaufsberatung im Ferienpark Heiligenhafen!** Wohnen Sie mit Ihrer ganzen Familie zum Sonderpreis von 20,- DM pro Appartement zur Probe!  
Den Termin erfahren Sie telefonisch unter (0451) 7 33 73.

**Exklusivangebot:** Eigentumsappartements für höchste Ansprüche im **Olympia-Hotel Kiel-Schilksee**. Internationaler Treffpunkt durch Kieler Wochen. Austragungsort der Olympischen Spiele 1972. Ein Erholungszentrum, für die Zukunft geplant. Hallenbad, Sauna, Ostseestrand, wettergeschützte Kurpromenade.

**Weiter im Angebot:** Eigentumswohnungen in Hannover, Duisburg, Düsseldorf, Wuppertal, Krefeld, Kassel, Lübeck, Holzminden Hameln und Altenau/Oberharz.

**Festpreise - keine Vermittlungsprovision.**  
Prospekte auf Anfrage.

**Firmengruppe Engelhardt**  
**Zweigstelle Lübeck**  
**Beckergrube 11**  
**Tel. (0451) 7 33 73**

